



Kritischer Kommentar zum BAKS-Arbeitspapier 7/2021 von Brad Roberts

von Uta Zapf MdB a.D.

Man muss Brad Roberts auf das Entschiedenste widersprechen, wenn er postuliert, dass es „im Interesse Deutschlands als auch im Interesse der europäischen und transatlantischen Sicherheit insgesamt“ liege, nicht aus der Nuklearen Teilhabe auszusteigen. Diese Argumentation ist eher Denken des Kalten Krieges und entspricht nicht einer Sicherheitspolitik, die den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte Rechnung trägt. Man muss analysieren, wie wir den neuen Gefahren durch Cyberangriffe, Terrorismus, hybride Aggression und moderne Waffenentwicklung im konventionellen wie im nuklearen Bereich begegnen können und wollen, um die Gefahr eines nuklearen Schlagabtausches zu vermeiden.

Viele renommierte Wissenschaftler, Think-Tanks, Politiker und Militärs meinen, dass es klug wäre, bestehende und eskalierende Spannungen zu entschärfen. Dazu bedarf es eines ganzen Bündels an notwendigen Maßnahmen der Rüstungskontrolle, der Vertrauensbildenden Maßnahmen und verstärkter Kooperation im Sicherheitsbereich. Zur Zeit ist das Gegenteil der Fall: Abschottung, Sprachlosigkeit, Intransparenz und ein gefährliches Wettrüsten.

Seit den Bombenabwürfen von Hiroshima und Nagasaki sollten wir begriffen haben, dass Nuklearwaffen nicht eingesetzt werden können und dürfen – und folglich nukleare Abschreckung eine untaugliche Strategie zur Erreichung von Sicherheit und Stabilität ist. In Hiroshima starben am ersten Tag 90.000 Menschen, bis zum Ende des Jahres waren es zusätzlich weitere 130.000 Tote. Hunderttausende wurden verletzt und hatten Schreckliches zu erleiden. Überlebende und ihre Nachkommen leiden bis heute unter den Folgen.

Das Humanitäre Völkerrecht kann den Einsatz von Nuklearwaffen nicht tolerieren, Nuklearwaffen treffen unterschiedslos Kombattanten und Zivilisten, verursachen unendliches Leiden, sie zerstören die Umwelt und schaden der ganzen Welt. Die gutachterliche Stellungnahme des Internationalen Gerichtshofes von 1996 („Legality of the Use by a State of Nuclear Weapons in Armed Conflict“) zeigt die völker- und menschenrechtlichen Kriterien deutlich auf, die gegen den Einsatz von Nuklearwaffen sprechen. Stärker herausgearbeitet werden diese Argumente in den Ergebnissen der drei Konferenzen zu den „Humanitären Konsequenzen eines Nuklearkrieges“ (2011-2013). Ein auch nur sehr begrenzter Nuklearkrieg (z.B. zwischen Indien und Pakistan) würde 20 Millionen Tote in der ersten Woche kosten, verursacht von Explosionen und Druckwellen, Verbrennungen und Strahlenexposition. Kein medizinisches System könnte eine solche Situation bewältigen. Es wäre der Todesstoß für unser Klima: Der Ruß, der die Sonne verdunkeln würde, würde weltweit die Nahrungsmittelproduktion bedrohen. Der „nukleare Winter“ würde alles Leben gefährden.

Rüstungskontrolle und Abrüstung sind im Niedergang, seitdem wichtige Verträge (wie der INF-Vertrag, der Open-Skies-Vertrag) nicht mehr existieren. Es besteht die Gefahr, dass mehr und mehr Länder nach Nuklearwaffen streben und der wichtigste Vertrag zur Einhegung von Atomwaffen, der Nichtverbreitungsvertrag, ausgehöhlt wird. Gleichzeitig werden Nuklearwaffen modernisiert und neue hochtechnologische Waffensysteme entwickelt, während zwischenstaatliches Vertrauen schwindet. Es ist also höchste Zeit, neue Wege zu gehen, um die Gefahr eines nuklearen Krieges zu bannen.

Bei dem Gipfeltreffen zwischen Joe Biden und Vladimir Putin im Juni 2021 in Genf haben die Präsidenten eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie bekräftigen, „dass ein Nuklearkrieg niemals gewonnen werden kann und nie geführt werden darf“. Beide verpflichteten sich auf einen bilateralen Strategischen Dialog in der nahen Zukunft, der wohl-durchdacht und stabil sein sollte. Gleichzeitig erwägen Biden und der US-Kongress einen Verzicht auf einen Erstschlag (No First Use).

Warum ist dies so bedeutend? Es ist höchste Zeit, die Gefahr eines nuklearen Krieges – sei es absichtlich oder unabsichtlich, aus Fehlkalkulation oder aus Versehen – zu thematisieren. Die Doomsday Clock steht auf kurz vor zwölf!

Präsident Biden versprach in seinem Wahlkampf, die Rolle der Nuklearwaffen in der Verteidigungsstrategie zu verringern und die existenzielle Bedrohung, die Nuklearwaffen bedeuten, zu problematisieren. Und er will „das kostspielige Wettrüsten beenden und die Glaubwürdigkeit in der Rüstungskontrolle wiederherstellen“. Und so war es folgerichtig, dass er NEW START verlängert hat.

Auch die NATO muss ihr Strategisches Konzept und die Abschreckungsstrategie überdenken. Ist es wirklich unabdingbar, die Nuklearkräfte zu modernisieren und die nukleare Abschreckung zu verstärken, wie Brad Roberts in seinem Arbeitspapier „Deutschland und die Nukleare Teilhabe der NATO“ impliziert? Dies ist altes Kaltes-Kriegsdenken. In der kurzen Periode nach dem Kalten Krieg wurde die Anzahl der Nuklearwaffen reduziert – auch in Europa. Aber im letzten Jahrzehnt ist die Rüstungskontrolle zum Stillstand gekommen. Der letzte erfolgreiche Abrüstungsvertrag war NEW START im Jahr 2011! Es folgten Stillstand und Verfall. Präsident Trump stieg aus dem Mittelstreckenvertrag aus – einem Vertrag von höchster Bedeutung für Europa! Er verließ das Nuklearabkommen (JCPOA) mit Iran und gefährdete damit die Chance, Iran vom Erwerb einer Nuklearwaffe abzuhalten. Er stieg aus dem Vertrag über den Offenen Himmel aus und machte keine Anstalten, NEW START zu verlängern.

Jetzt müssen wir jede nur mögliche Gelegenheit nutzen, um neue Politiken aufzubauen, die die nuklearen Risiken reduzieren. Die NATO hat diese Gelegenheit 2010 verstreichen lassen: Die Diskussion um das neue Strategische Konzept begann vielversprechend mit der von Madeleine Albright geleiteten Expertengruppe. Leider wurden die Überlegungen der Obama-Regierung in der US-Nuclear-Posture-Review von 2010, die Rolle der Nuklearwaffen zu reduzieren, weder von der Expertengruppe, noch im neuen Strategischen Konzept der NATO aufgegriffen. Zwar führte die Expertengruppe intensive Diskussionen darüber, aber die Idee der Reduktion oder der Abrüstung von Nuklearwaffen wurde nicht aufgenommen.

Im September 2010 veröffentlichte eine Gruppe von ehemaligen Staatsmännern Empfehlungen für die Zukunft der Nuklearpolitik der NATO. Sie sprachen sich für eine reduzierte Rolle von Nuklearwaffen aus, um die inhärente Gefahr dieser Waffen zu minimieren, und sie schlugen die Beseitigung von nicht-strategischen Nuklearwaffen in Europa vor. Diese Waffen hatten ihren Zweck verloren, der darin bestand, eine konventionelle Überlegenheit abzuschrecken. Sie verwiesen auf die US-Nuclear-Posture-Review, auf NEW START und die Forderung einiger Außenminister, die Zukunft von US-Nuklearwaffen in Europa zur Diskussion zu stellen. Unterzeichnet war diese Empfehlung unter anderem von Egon Bahr, Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Ischinger, Klaus Naumann, Volker Rühle, Helmut Schmidt und Richard v. Weizsäcker.

Eine weitere Stellungnahme der Außenminister von Australien, Kanada, Chile, Deutschland, Japan, Mexiko, den Niederlanden, Polen, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten vom 22. September 2010 bezog sich auf die erfolgreiche Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages 2010. Sie betonten „die fundamentale Wichtigkeit des glaubwürdigen Willens der Nuklearmächte, die vollständige Abrüstung ihrer Arsenale zu vollenden“. Sie sprachen sich dafür aus, „die Rolle der strategischen und der nicht-strategischen Nuklearwaffen in Sicherheitsstrategien, Konzepten, Doktrinen und Politiken zu reduzieren“.

Im März 2010 verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Resolution (17/1159), die den Abzug der US-Nuklearwaffen aus Deutschland unterstützte und forderte, die Rolle der Nuklearwaffen im neuen Strategischen Konzept der NATO zu verringern, sowie eine Nuklearwaffen-Konvention (heute: Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons) zu unterstützen. Alle Parteien des Deutschen Bundestages stimmten für diese Resolution (nur die LINKE blieb ausgeschlossen).

Im Jahr 2010 wurde die Gelegenheit leider nicht ergriffen. Jetzt können wir den großen Fehler von 2010 wieder gut machen. Wir müssen erneut die Rolle von Nuklearwaffen in Frage stellen, und wir können die Gefahr, die Nuklearwaffen für die Menschheit darstellen, bannen. Wir sollten mutige Schritte unternehmen, um die zunehmenden Konflikte, Konfrontationen und Feindseligkeiten zu stoppen. Wir haben die Chance, das Wettüben anzuhalten! Ein erster Schritt dazu ist die Einführung eines Verzichts auf den Erstschlag – eines No-First-Use! Was folgen muss, ist das, was der US-Kongress mit dem „Hastening Arms Limitation (HALT) Act“ von Sen. Ed Markey und Representative James McGovern vorschlägt: Die quantitative und qualitative Modernisierung der Arsenale der Nuklearmächte anzuhalten, ein multilaterales Einfrieren des Testens, der Produktion und der Stationierung von Nuklearwaffen. HALT könnte die Gefahr eines Nuklearkrieges mindern und die Tür für neue Verhandlungen zur Beendigung des Wettübens aufstoßen.

Auch die Empfehlungen der NATO-Russia-Group des European Leadership Network (ELN), die am 4. Juni 2021 veröffentlicht wurden, sind beherzigenswert. Um militärische Zwischenfälle und eine Eskalation zwischen NATO und Russland zu vermeiden, muss die Kommunikation wieder verstärkt aufgenommen werden.

Es ist falsch, die nukleare Abschreckung der NATO zu verstärken, wir müssen einen No-First-Use erklären und bessere Kommunikation zwischen NATO und Russland durch eine Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates herstellen. Und man muss dessen Regeln einhalten. Viel hängt davon ab, ob es gelingt, die (verschobene) Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag zum Erfolg zu führen. Dazu müssen wenigstens die Ergebnisse von 2000 und 2010 bestätigt werden. Die Europäer sollten Russland und die USA ermutigen, post-NEW START-Verhandlungen zügig aufzunehmen. Diese Verhandlungen müssen den Abzug der taktischen US-Nuklearwaffen beinhalten, um Verhandlungen mit Russland über die Abrüstung dieser Waffenkategorie zu ermöglichen.

Ich teile die Ansicht nicht, dass die Zustimmung der NATO und der Europäer zu einem solchen Abzug der US-Nuklearwaffen aus Europa die Verhandlungen behindern würden. Es ist kein gutes Druckmittel, diese Waffen ohne Aussicht auf Abrüstungsfortschritte in Europa zu halten. Im Gegenteil, der Abzug unnötiger und gefährlicher Waffen aus Europa, so wie Russland dies vorgeschlagen hat, wird die Möglichkeit neuer Abrüstungsverhandlungen unterstützen. Es ist leichtfertig, das Angebot Russlands für ein Moratorium der Stationierung von konventionellen und nuklearen Mittelstreckenraketen zu ignorieren.

Möglicherweise werden einige europäische Staaten Deutschlands Vorbild folgen, wenn Deutschland diese Waffen loswerden will. In Belgien und den Niederlanden haben die Parlamente, ebenso wie 2010 der Deutsche Bundestag, für einen Abzug der US-Nuklearwaffen votiert. Einige osteuropäische Staaten würden diese Waffen gerne aufnehmen. Aber wenn die NATO ihre Zusicherung der „drei NOs“ aufgibt, die die Zusicherung an Russland enthalten, weder die Absicht noch einen Plan noch einen Grund zu haben, in diesen Ländern Nuklearwaffen zu stationieren, werden sich die Beziehungen zu Russland extrem verschlechtern, Spannungen werden steigen und die Domsday Clock wird noch näher an Mitternacht rücken. Die Gefahr eines Nuklearkrieges würde verschärft.

Auch wenn Deutschland in der neuen Legislaturperiode wieder einen Vorstoß zur Entfernung der US-Nuklearwaffen machen sollte, wird es seine Reputation nicht verspielen. Der Wunsch nach beschleunigter Abrüstung dieser tödlichen Waffen ist rational, die Stabilität Europas und der NATO hängt nicht ab von einer verschärften Abschreckung, sondern von der Fähigkeit, Krisen und Spannungen zu entschärfen,

Kooperation und Vertrauensbildung wieder aufzubauen und Transparenz herzustellen. Dies innerhalb der NATO einzufordern, ist eine Aufgabe der kommenden Jahre.

Länder, die aus der nuklearen Teilhabe ausscheiden, verlieren ihren Sitz am Tisch der Nuklearen Planungsgruppe nicht. Alle NATO-Staaten sitzen da (außer Frankreich, das so entschieden hat!). Mitglieder, die schon ausgeschieden sind (Kanada 1984, Griechenland 2001) sitzen dort nach wie vor mit allen anderen.

Eine neue Ära der Entspannung wird Deutschland, die NATO und die Welt einer „friedlichen europäischen Ordnung, die auf den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit und der kollektiven Verteidigung aufbaut“ (Brad Roberts) näher bringen als Aufrüstung und verstärkte nukleare Abschreckung. Eine friedliche Ordnung kann nicht gegen Russland, sondern nur gemeinsam mit Russland erreicht werden. Dies wird ein beschwerlicher und langer Weg. Wir müssen dringend über Doktrinen und Strategien, über die Rolle von Nuklearwaffen und über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen verhandeln. Länder, die früher No-First-Use Strategien hatten, wie Russland, China und Indien, haben ihre Strategien geändert oder sind dabei, sie einseitig zu ändern. Ein NATO-Land wie Großbritannien hat ohne irgendwelche Konsultationen mit den Verbündeten angekündigt, die Anzahl seiner Nuklearwaffen zu erhöhen und hat die Einsatzstrategie verschärft. Mit dieser schleichenden Aufwertung von Nuklearwaffen heizt man den Rüstungswettlauf an, statt gemeinsame Sicherheit zu suchen. Wir haben genügend Institutionen, wo gemeinsame Sicherheit organisiert werden kann. Es gilt, diese neu zu beleben: OSZE und NATO-Russland-Rat liegen schon zu lange brach.

Uta Zapf war von 1990 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und sowohl Sprecherin der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle als auch Vorsitzende des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung des Auswärtigen Ausschusses. Sie wurde im Jahr 2006 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande und 2015 mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse gewürdigt.

Die Autorin gibt ihre persönliche Meinung wieder.